

Arbeitsgemeinschaft

LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN

Juli 2017

Informationsbrief

2017/2

Seite

Editorial Pfr. Dieter Kuller.....	2
Kirche im Aufbruch: mit Martin Luther zu Profil und Konzentration (PuK)	
Pfr. Dieter Kuller.....	2
Wo sich die Kirche der Welt anpasst, verfehlt sie ihren Auftrag	
Prof. Dr. Reinhard Slenczka (idea).....	4
Jesiden und ihre Religion Bolko v. Bonin.....	5
Ungewollt schwanger und die „Rosenheimer Erklärung“ Bolko v. Bonin.....	7
Nachrichten	
Kampf für ungeborene Kinder.....	9
Bibel und Bekenntnis: Zeit zum Aufstehen.....	12
Gender-Ideologie.....	12
Ehe und Familie.....	14
Oekumene.....	17
Verfolgte Christen.....	18
Integration von Muslimen.....	19
Aufgelesen.....	21
Das 8. Gebot und der Populismus-Vorwurf Bolko v. Bonin.....	22
Veranstaltungshinweis: Vortrag und Mitgliederversammlung.....	23
Literaturhinweis.....	23
Zum Nachdenken.....	24
In eigener Sache – wichtig!.....	24
Impressum.....	24

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die Landessynode hat auf ihrer Frühjahrstagung in Coburg ein neues Reformprojekt beschlossen: ‚Profil und Konzentration‘ (PuK). Pro und Kontra dieses Zukunftsprojektes behandelt der erste Artikel des neuen Informationsbriefes. In den Nachrichten aus dem nahöstlichen Kriegsgebiet taucht öfter der Name ‚Jesiden‘ auf. Bolko von Bonin hat sich kundig gemacht und gibt uns einen Einblick in die Religion dieser unter Verfolgung schwer leidenden Gemeinschaft.

Wie üblich finden Sie wieder wichtige Informationen u.a. über den Kampf für ungebohrte Kinder, über Ehe und Familie, Oekumene, verfolgte Christen, zur Integration von Muslimen.

Bitte beachten Sie auch die Einladung zu unserer Mitgliederversammlung mit Vortrag und Neuwahl am 17. Oktober 2017. Unser nächster Informationsbrief, der voraussichtlich Mitte November 2017 erscheint, wird sich mit dem Reformationsjubiläum beschäftigen.

„Der Sommer ist vorhanden, lobt Gott in allen Landen“ – wir sind dankbar für diese Zeit, in der Gott unser Herz mit Freude füllt (EG Nr. 500,1 u. 4).

Ihr Pfarrer Dieter Kuller

Kirche im Aufbruch: mit Martin Luther zu Profil und Konzentration (PuK)

I. Was bisher geschah

„Profil und Konzentration“, so heißt der neue Reformprozess für die evangelische Kirche in Bayern, den die Landessynode im März 2017 in Coburg einmütig beschlossen hat. Natürlich ist im Jubiläumsjahr auch Martin Luther dabei. „Dem Reformator würde diese Synodaltagung gefallen haben,“ heißt es in dem Bericht in ‚Synode AKTUELL‘. Die Frage ist, ob wir es bei PuK wieder mit einem Programm zu tun haben, das mit großem Schwung, aber ohne Nachhaltigkeit inszeniert wird. Wir erinnern uns in diesem Zusammenhang an das ‚**Evangelische Münchenprogramm (eMp)**‘ von 1997, dem „Pilotprojekt für die ganze Landeskirche“, das 2004 sang- und klanglos endete. Es folgte 1998 ‚**Perspektiven und Schwerpunkte kirchlicher Arbeit in den nächsten Jahren**‘ (PuSch, nicht zu verwechseln mit PuK!). 1999 schloss sich die ‚**Kommunikations-Initiative**‘ an, von der Bayerischen Landessynode mit einem Gesamtetat von umgerechnet 1,5 Mio Euro (!) beschlossen. Parallel dazu lief deutschlandweit die Werbekampagne der EKD ‚**Gemeinsam Antworten finden**‘ auf 15.000 Großplakaten mit dem Ziel, das Image der evangelischen Kirche zu stärken. 2002 legte die ELKB das ‚**Personalentwicklungsprogramm**‘ vor, 2003 folgte das ‚**Handlungsfeld-Konzept**‘ und 2005 der ‚**Dekanatsentwicklungsprozess**‘. 2006 schließlich erschien mit großem Werbeaufwand das Impulspapier (IP) des Rates der EKD ‚**Kirche der Freiheit**‘ mit der Vision der „12 Leuchtfeuer“ für das Jahr 2030. Das war nach meiner unvollständigen Zählung das achte Programm innerhalb von zehn Jahren, das helfen sollte, die Evangelische Kirche „zukunftsfähig“ zu machen.

II. Das neue Reformprojekt

Jetzt gibt es also ein neues Reformpaket: ‚**Profil und Konzentration**‘ (PuK), nach Meinung der Synode „ein Zukunftskonzept, mit dem sich die Kirche auf allen ihren Ebenen neu aufstellen und fit für die Zukunft machen will“.

Die Umsetzung ist von 2018-2022 geplant. Haben wir das alles nicht schon gehabt? Das Impulspapier der EKD aus dem Jahr 2006 plante bis 2030! Was ist daraus geworden? Bei genauerem Hinsehen lassen sich zu den früheren Reformvorhaben doch einige wichtige Unterschiede feststellen. Bei den ‚Perspektiven und Schwerpunkten‘ von 1998 hieß der Schlüsselsatz: „Als ELKB wollen wir offen und deutlich, aufgeschlossenen und verlässlich dem Glauben und dem Leben dienen.“ Das war ein Leitbild, das für die meisten Religionen zutrifft. Ein Muslim, der sich an die vom Koran vorgeschriebenen 5 Grundpflichten hält, dient auch dem Glauben und dem Leben. Hier hat man offensichtlich in den vergangenen Jahren dazugelernt. Der Hauptleitsatz für PuK lautet: „Christus verkündigen und geistliche Gemeinschaft leben.“ Fundament der Überlegungen und Planungen für das neue Reformprojekt bleiben der biblische Auftrag der Kirche und die Orientierung an Jesus Christus. Das ist eigentlich selbstverständlich, aber es kann nicht schaden, wenn das bei einem neuen Anlauf bewusst festgehalten wird.

III. Was will PuK?

Vorbild ist dabei Martin Luther. Das ist neu, bietet sich aber im Jubiläumsjahr an. In Coburg wandelten die Synodalen, laut eigenem Bericht, nicht nur auf den Spuren Martin Luthers, sondern suchten nach seinem großen Vorbild Wege, wie die Kirche mit ihrem biblischen Auftrag näher zu den Menschen mit ihren ganz konkreten Lebenswirklichkeiten kommen und ihre Arbeit noch effizienter gestalten kann. Bei der ungewöhnlichen Schaffenskraft des Reformators mit einer gewaltigen Hinterlassenschaft an Büchern, Schriften, Predigten, Tischreden und Briefen besteht allerdings die Gefahr, dass nur das Beachtung findet, was in das eigene Konzept passt. Luther hat aus gegebenem Anlass sehr viel über die Kirche nachgedacht und in seinen Schriften festgehalten. Wer sich etwas eingehender damit beschäftigt, stellt fest, dass sich Martin Luthers Erkenntnisse über die Kirche und die gegenwärtigen Reformbemühungen doch sehr unterscheiden. Unter dem Titel ‚Profil und Konzentration‘ soll bis zum Jahr 2022 die Kirche grundlegend umstrukturiert werden. Vernetztes Denken, Flexibilität und multiprofessionelle Teams sollen künftig eine größere Rolle spielen, damit unsere Kirche „ihre Strahlkraft behält und verstärkt“. „Wir haben jetzt die Chance, Kirchenentwicklung kreativ zu gestalten“ (LB Bedford-Strohm). „Die spürbare Aufbruchenergie soll konkrete Wirkung entfalten“ (Präs. Preidel).

IV. Kirche im Sinne Martin Luthers

Die Kirche ist ins Zentrum synodaler Aufmerksamkeit geraten. Das ist gut so. Weniger gut ist, dass viele nicht mehr wissen, was Kirche eigentlich ist. Die beste, für die evangelische Kirche immer noch grundlegende Definition, steht im Augsburger Bekenntnis von 1530: „Die eine heilige, christliche Kirche ist die Versammlung aller Gläubigen, bei denen das Evangelium rein gepredigt und die heiligen Sakramente laut dem Evangelium gereicht werden“ (Art. 7, EG S. 1567). In seiner Schrift „Von den Konziliis und Kirchen“ (1539) nennt Luther sieben Kennzeichen, an denen man die Kirche erkennt: 1. An der Predigt des heiligen Wortes Gottes. 2. Am heiligen Sakrament der Taufe. 3. Am heiligen Sakrament des Altars. 4. An der Absolution (Vergebung der Sünden). 5. An der Berufung der Bischöfe und Pfarrer und Prediger. 6. Am öffentlichen Gebet. 7. Am Leiden. Was Martin Luther besonders wichtig war und in

unserer Wohlstandsgesellschaft kaum Beachtung findet, ist das siebente Kennzeichen: Das Leiden. Die wahre Kirche ist nach Meinung des Reformators nicht die strahlende, erfolgreiche, vom multiprofessionellen Teamgeist inspirierte Kirche, sondern die Kirche, die unter „allerlei Anfechtung und Übel vom Teufel, von Welt und Fleisch leiden muss, damit sie ihrem Haupte, Christus, gleich werde“ (WA 50, 642). „Die Kirche, der köstlichste Schatz der Welt, wird von der Welt für nichts geachtet“ sagt Luther in seiner Genesisvorlesung (WA 43, 139).

Anders als die weltweite Kirche, die massiv unter Verfolgung leidet, begreift sich die Kirche bei uns „vor allem als Wertelieferantin für Staat und Gesellschaft, als Anstalt zur moralischen Verbesserung des Gemeinwesens und ist stolz über diese Staats- und Gesellschaftsnützlichkei“ (Matthias Drobinsky in der SZ v. 20./21.5.2017). Das ist nicht Sinn und Auftrag der Kirche Jesu Christi. „Wenn die kirchliche Verkündigung nicht mehr ein Stein des Anstoßes dem Volk ist, dann ist das ein Zeichen dafür, dass sie das Evangelium verraten hat“ schreibt Martin Luther schon in seinem Galaterkommentar von 1519 (WA 2, 601). Und in seiner Auslegung der 7 Bußpsalmen heißt es: „Die Feindschaft der Welt ist ein Zeichen für die Echtheit der Jüngerschaft“ (WA 1. 214; vgl. Jakobus 4, 4!). Von der so charakterisierten Kirche sagt Martin Luther in seiner Auslegung des Glaubensbekenntnisses, dass „der Heilige Geist die ganze Christenheit auf Erden beruft, sammelt, erleuchtet, heiligt und bei Jesus Christus erhält im rechten, einigen Glauben“ (EG S. 1557). Für eine „kreativ gestaltete Kirchenentwicklung“ unsererseits ist da wenig Raum, es sei denn wir denken dabei an die genannten 7 Kennzeichen und nutzen die Konzentration von Zeit und Energie für biblische Predigten, für die Sakramente und das Gebet unter Verzicht auf die „Gesellschaftsnützlichkei“ der Kirche. Wenn PuK dazu hilft, dass „der biblische Auftrag der Kirche und die Orientierung an Jesus Christus“ im Sinne Martin Luthers wieder zur Grundlage kirchlicher Arbeit werden, könnte dieser neue Reformprozess – im Gegensatz zu den vorausgegangenen 8 Programmen – tatsächlich eine positive Veränderung in unserer Kirche bewirken.

D. K.

Wo sich die Kirche der Welt anpasst, verfehlt sie ihren Auftrag

Wo sich die Kirche um eine Anpassung an die Welt bemüht, verfehlt sie ihren Auftrag und verleugnet ihr göttliches Wesen. Als „Salz der Erde“ und „Licht der Welt“ taugt sie dann nicht mehr. Diese Ansicht vertritt Prof. Dr. Reinhard Slenczka in einem Positionspapier mit dem Titel „Unser Gott kommt und schweigt nicht“. Darin plädiert er anlässlich des 500-jährigen Reformationsjubiläums für eine Rückbesinnung auf reformatorische Grunderkenntnisse. Reformation sei „Umkehr und Erneuerung durch den Heiligen Geist, wie das zu jeder Zeit in der Kirche geschieht“. Die Verkündigung des Evangeliums soll den Menschen „nicht nur abholen und bestätigen, sondern herausholen aus seiner Vergänglichkeit und befreien aus seinen Bindungen an die Verderbensmächte von Sünde, Tod und Teufel“. Der schlimmste Fehler in kirchlicher Unterweisung geschehe dann, „wenn an die Stelle der Rechtfertigung des Sünders durch Umkehr, Buße und Vergebung eine Rechtfertigung der Sünde durch Umdeutung oder Aufhebung der heiligen, klaren und unveränderlichen Gebote Gottes tritt“. Es sei „erschütternd“, mit welcher Leichtfertigkeit und welchem Hochmut in theologischen und kirchenamtlichen Äußerungen klare göttliche Gebote, Ordnungen und Weisungen

außer Kraft gesetzt werden. Die Ehe zwischen Mann und Frau etwa werde nicht mehr als Schöpfungsordnung unter dem Segen und Auftrag Gottes anerkannt. Vielmehr folge man einer Auffassung, nach der Sexualpraktiken, die das Wort Gottes als Strafe und als „widernatürlich“ verurteilt, gesegnet werden. „Welche Anmaßung von kirchlichen Amtsträgern ist es, wenn sie aller Welt durch Wort und bisweilen leider auch durch schlechtes Beispiel proklamieren, dass Gottes Tat und Wort sich dem Verhalten von Menschen anzupassen habe?“

Jesiden und ihre Religion

Seit August 2014 sind die Jesiden in einem ihrer Hauptsiedlungsgebiete, der Region Shingal (Nordirak), Opfer eines Genozids durch die Miliz Islamischer Staat (IS), die sie als „Ungläubige“ verfolgt, auf grausame Art ermordet, z.B. lebendig begräbt, oder vor den Augen der Angehörigen köpft (Männer), (sex-)versklavt (Mädchen und Frauen) und zum Islam zwangsbekehrt. Dies trifft auch andere Glaubensgemeinschaften - Christen werden sogar gekreuzigt – und zeigt die brutale Radikalität des IS gegen alle, die ihren salafistischen Glaubensvorstellungen nicht entsprechen.

Über die Jesiden und was sie glauben ist allgemein wenig bekannt. Wir wollen daher zusammenfassend vereinfacht über diese schwer geprüfte Minderheit informieren, die ihren Glauben vielfach nur im Geheimen oder kaschiert praktizieren konnte.

Sie selbst nennen sich **Eziden**, abgeleitet aus dem kurdischen Wort Ezîdî (Schöpfer). Seit Jahrhunderten erleiden sie religiös begründete Verfolgung durch Muslime und werden außerdem wegen ihrer kurdischen Ethnie benachteiligt. Aus ihren alten Siedlungsgebieten in der Türkei und im Iran sind sie fast völlig verdrängt.

Gemäß einer Veröffentlichung der Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg (2016), gibt es 800Tsd bis 1 Mio Eziden; von denen leben 600-700Tsd im Irak, ~10Tsd in Syrien, nur noch 1-3Tsd im Iran und ~500 in der Türkei, sowie als Auswanderer/Flüchtlinge ~30Tsd in Armenien, ~30Tsd in Georgien, ~100Tsd in Deutschland, ~40Tsd in Russland und 50–100Tsd in der übrigen Welt. Es gibt aber auch Schätzungen mit weit geringeren Zahlen.

Die Eziden sind unterteilt in Stämme (Sippen) - jeweils Nachfahren von Gründungsvätern oft mit mythischem Hintergrund. Das Zusammengehörigkeitsgefühl und die gegenseitige Hilfsbereitschaft sind ausgeprägt.

Ezide wird man nur, wenn beide Elternteile selbst Eziden sind. Ehen mit Andersgläubigen führen zum Ausschluss aus dem ezidischen Gesellschaftssystem. Es gibt keine Möglichkeit, zum Ezidentum zu konvertieren, was ausschließt, dass Eziden Angehörige anderer Religionen missionieren.

Die Eziden halten sich für ein einzigartiges Volk, denn sie glauben von Adam allein abzustammen (aus dem Schweiß seiner Stirn), während alle anderen Menschen Nachkommen von Adam und Eva seien.

Das Ezidentum ist eine monotheistische, nicht auf einer heiligen Schrift beruhende, synkretistische Religion. Sie wird mündlich tradiert, und so haben sich in den räumlich voneinander getrennten Bergregionen unterschiedliche Versionen entwickelt.

Die Eziden glauben an den Schöpfergott Xwedê (kurdisch = Gott), der die Welt in der embryonalen Form einer makellosen Perle - und aus seinem Licht sieben Engel erschuf, die er mit der weiteren Ausformung und Verwaltung seiner Schöpfung auf der

Erde beauftragt hat. Er selbst hält sich aus Details und menschlichen Schicksalen heraus und überlässt sie dieser „göttlichen Siebenschaft“, die Statthalter Gottes auf Erden und Mittler zwischen Gott und den Eziden ist.

Das Oberhaupt dieser Siebenschaft ist der ersterschaffene Engel Taus-i Me'lek, der von den Eziden besonders verehrt und angebetet wird. Sein Symbol ist der Pfau.

Die ezidische Religion kennt keine böse Macht und keinen Widersacher gegen den göttlichen Willen. Gott ist allmächtig und duldet keine zweite Kraft neben sich. Dies impliziert, dass der Mensch für sein Handeln vollauf selbst verantwortlich ist.

Die Eziden glauben an Seelenwanderung und eine höhere oder niedrigere Wiedergeburt – abhängig vom Grad der ethischen Vollkommenheit im vorherigen Leben.

Das Ezidentum wurde geformt durch jahrhundertelange mündliche Überlieferung von Fakten und geschichtlichen sowie religiösen Mythen. Verschiedene Motive und Zeremonien anderer Religionen wurden – auch zum Schutz - übernommen, indem sie diese neu interpretierten und so mit der tradierten Lehre in Einklang brachten.

Es wird auf große Ähnlichkeiten mit alt-iranischen/babylonischen Glaubensvorstellungen hingewiesen, die bis weit in das zweite Jahrtausend v. Chr. zurückreichen (heilige Siebenheit, Engellehre, Neujahrsfest, Mithraskult mit Sonnenverehrung, Riten).

Stellung und Funktion des Schöpfergottes Xwedê und seines Engels Taus-i Me'lek weisen bemerkenswerte Parallelen auf zum babylonischen Hauptgott Mardûk und seinen Sohn Nabû.

Bedeutend für das Ezidentum ist Scheich Adî ibn Musâfir, der es existenzbewahrend reformiert hat, und für die Eziden eine Inkarnation des Engels Taus-i Me'lek ist.

Scheich Adi ist historisch (um 1075–1162), war islamischer Mystiker; und gründete in den kurdischen Bergen den einflussreichen Sufi-Orden Adawiya. Das Mausoleum von Scheich Adi in Lalisch (Nordirak) ist das religiöse Zentrum der Eziden.

Die ezidische Gesellschaft ist seitdem in Kasten gegliedert - in Scheiche, Piren und Miriden. Die Miriden (Laien) sind die mit Abstand größte Kaste. Die Scheiche und Piren sind in Gruppen untergliedert und bilden den Klerus. Sie sind jeweils Stämmen zugeordnet mit der Aufgabe, die ezidische Religion unter den Gläubigen aufrecht zu erhalten und religiöse Zeremonien durchzuführen (u.a. „Taufe“, Beschneidung, Wahl des Jenseitsbruders/-Schwester (s.u.), Hochzeit, Totenwaschung/Beerdigung).

Die Scheiche haben in der Gemeinschaft darüber hinausgehende administrative Pflichten und politisch-soziale Aufgaben.

Die Gruppe der Qatani-Scheiche stellt den Anführer der Eziden - den Mir (Fürst), dessen Amt erblich ist. Die Semsani-Scheiche stellen das vom Mir zu berufende geistliche Oberhaupt - den Baba Scheich. Die dritte Gruppe der Scheiche – die Adani - stellt die Pesimamen (Vorsteher), die hohe religiöse Aufgaben zur Wahrung und Interpretation des ezidischen Glaubens erfüllen. Sie werden vom Mir berufen.

Die Piren waren schon vor den Reformen durch Scheich Adi für die Bewahrung der ezidischen Religion zuständig, sie gliedern sich in Haupt- und Untergruppen mit jeweils besonderen Aufgaben.

Heiraten sind nur innerhalb der Kasten erlaubt (Endogamiegebot). Dies soll die Reinheit der Überlieferung und den Zusammenhalt der ezidischen Glaubensgemeinschaft garantieren.

Anders als in Indien dienen die Kasten nicht der sozialen Schichtung, sondern legen hauptsächlich religiöse Funktionen fest. Es kann vorkommen, dass ein Pir als Hirte oder Landarbeiter bei einem Miriden beschäftigt ist.

Jeder Ezide wird in seine Kaste hinein geboren und hat – auch jeder Geistliche - von Geburt an einen Scheich und einen Pir, der für ihn zuständig ist und ihm in religiösen Angelegenheiten mit Rat und Tat zur Seite steht.

Die „Taufe“ des Kleinkindes bereitet dessen Seele für ein gutes Leben als Ezide vor.

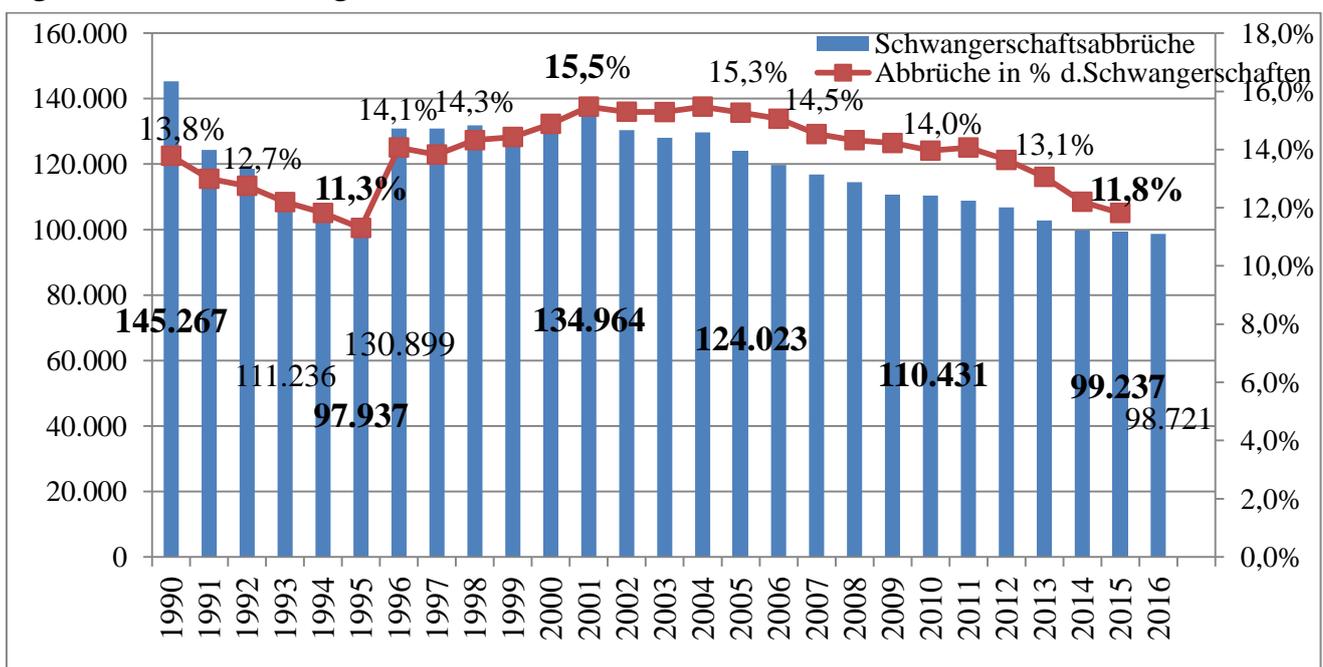
In der Jugend wählt jeder Ezide einen „Jenseits-Bruder“ oder eine „Jenseits-Schwester“ aus einer Scheich-Familie. Die Verbindung verpflichtet zu gegenseitiger Hilfe und reicht über das Leben hinaus. Diese Wahlgeschwister „begleiten“ in der Totenzeremonie den Verstorbenen auf dem Weg zur neuen Bestimmung und sollen gegenseitig im Jenseits die moralische Mitverantwortung für ihre Taten übernehmen.

Eziden, die in fremde Länder geflohen bzw. ausgewandert sind, sehen es einerseits als große Chance, dass sie erstmals seit Jahrhunderten in Sicherheit leben können und Zugang zu Bildung und sozialem Aufstieg haben. Dies wurde und wird ihnen in ihrer Heimat von der umgebenden islamischen Mehrheitsbevölkerung weitgehend verwehrt. Andererseits sehen sie die Gefahr, dass in pluralistischen und eher individualistisch geprägten Mehrheitsgesellschaften kulturelle Normen und Traditionen des kollektivistisch geprägten Ezidentums infrage gestellt werden (z.B. das Endogamiegebot, die Verbindungen zum eigenen Scheich und Pir, arrangierte Ehen, Brautgeld). Das mündet in die Frage, ob das Ezidentum in der Diaspora überleben kann. vB

Ungewollt schwanger und die „Rosenheimer Erklärung“

Angesichts leicht verfügbarer natürlicher, mechanischer und chemischer Verhütungsmöglichkeiten sollte es eher die Ausnahme als Massenereignis sein, ungewollt schwanger zu werden. Dass es de facto trotzdem vielfach dazu kommt, führte zu hunderttausendfachen Abtreibungen jedes Jahr allein in Deutschland.

Das folgende Bild zeigt die seit 1990 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche für Deutschland:



Nach dem Rückgang zwischen 1990 und 1995 stiegen die gemeldeten Schwangerschaftsabbrüche von 97.937 (1995=11,3% der aus Geburten+Abbrüchen errechneten Schwangerschaften) auf 134.964 (2001=15,5% der Schwangerschaften). Ab 2002 sanken die Abtreibungen – bei abnehmender Zahl von Frauen im gebärfähigen Alter – über 124.023 (2005), 110.431 (2010) auf 99.237 im Jahr 2015 (11,8% der Schwangerschaften). Zum Rückgang der Abtreibungszahlen trägt auch die inzwischen rezeptfrei (in Deutschland rd. 60.000 St/Monat) verkaufte „Pille danach“ bei, die den Eisprung und damit die Befruchtung verhindert und somit nicht als Abtreibung erfasst wird.

Es gibt schmerzliche, schicksalhafte Situationen, in denen das Leben des Kindes gegen das der Schwangeren steht, oder ein Kind schon im Mutterleib stirbt, sowie Schwangerschaften als Folge von Vergewaltigungen. Wer sich mit dem Thema Abtreibungen auseinandersetzt, muss auch diese tragischen Umstände im Blick haben.

Die Synode der Evang.-Luth. Landeskirche in Bayern hat dieses Thema in der „Rosenheimer Erklärung“ (RE) vom 18. April 1991 behandelt.

In der RE wird Elementares für den Schutz ungeborenen Lebens formuliert und u.a. festgestellt, „*Gott will durch uns geborenes und ungeborenes menschliches Leben bewahren und schützen.*“ und „*Abtreibung ist Tötung menschlichen Lebens*“.

Sehr problematisch sind dagegen - theologisch und weil zu Missbrauch verleitend – folgenschwere, dem zuwiderlaufende Aussagen zur Abtreibung: „*In Konfliktsituationen kann die letzte Entscheidung der betreffenden Frau von niemandem abgenommen werden, sie muß sie in ihrer Verantwortung vor Gott treffen*“ und „*Gottes Vergebung will uns hier mitten in schwierigen Situationen neue Wege eröffnen.*“

Wir sollen immer in Verantwortung vor Gott handeln, und so muss die Verantwortung der beiden Partner auch schon bei der Zeugung zum Tragen kommen und nicht erst, wenn die Frau „ungewollt schwanger“ ist. Jede und jeder kann bei einvernehmlichem Sex „nein“ sagen oder verantwortungsvoll für Empfängnisverhütung sorgen, wenn eine Schwangerschaft vermieden werden soll.

Die Bayer. Landessynode stellt mit der RE die „Selbstbestimmung“ über das 5. Gebot Gottes „du sollst nicht töten“ und bürdet Frauen in sog. Konfliktsituationen alleine die Last der Entscheidung über Tod und Leben ihres Kindes auf. Oft leiden Frauen dann lange unter schwerwiegenden psychischen und physischen Folgen.

Es ist weder vor Gott zu rechtfertigen, noch ist es nach menschlichen Maßstäben verhältnismäßig, dass ein ungeborenes Kind mit seinem Leben bezahlen muss, wenn das Elternpaar seine Verantwortung bei der Zeugung missachtet hat.

Mit der „Rosenheimer Erklärung“ hat ein kirchenleitendes Organ die Regelung vorgezeichnet und ethisch legitimiert, die bald danach politisch mit § 218 StGB bundesweit umgesetzt wurde.

Die Bayer. Landessynode hält Abtreibung zwar nur als Ausnahme in Notsituationen für akzeptabel; aber auch Synodale wissen, dass Ausnahmen als Schlupflöcher ausgenutzt werden können - was denn auch massenhaft „legal“ geschieht: Im Jahr 2016 wurden von den 98.721 gemeldeten Schwangerschaftsabbrüchen in unserem reichen Land über 96% mit „sozialen Notlagen“ begründet (94.908); knapp 4% der Abtreibungen erfolgten wegen medizinischer Indikation und Vergewaltigung (3.785 u. 28 Fälle); hinzu kommen nicht gemeldete Abtreibungen (s. folgender Beitrag). vB

Kampf für ungeborene Kinder

(idea) Abtreibungszahl in Deutschland zwei- bis dreimal höher als gemeldet?

Davon ist - wie Focus-online berichtet - der österreichische Leiter zweier Abtreibungsambulanzen in Salzburg und Wien, Christian Fiala, überzeugt. Seit Jahren verfolgt er die Entwicklung der Schwangerschaftsabbrüche weltweit.

Laut Fiala können die Zahlen des Statistischen Bundesamtes für Deutschland (s.o.) nicht stimmen. Nach seinen Analysen werden in Deutschland jährlich zwischen 200Tsd und 300Tsd Kinder abgetrieben. In vergleichbaren Ländern wie Frankreich, Großbritannien und Schweden stiegen die Zahlen oder stagnierten auf hohem Niveau. So gab es z.B. in Frankreich 2015 rund 218Tsd Abtreibungen. Hochgerechnet auf Deutschland mit seinen rund 81 Mio Einwohnern wären das 266Tsd gewesen. Mit seinen Äußerungen stützt der Arzt Vermutungen von Lebensrechtlern, die seit langem von einer hohen Dunkelziffer sprechen.

Warum die Dunkelziffer so hoch ist

Fiala geht davon aus, dass in Deutschland bei weitem nicht alle Eingriffe gemeldet werden. Die Zahlen beruhen allein auf den Angaben der Kliniken und Arztpraxen. Sie werden anonym übermittelt und sind nicht zurückzuverfolgen. So kann laut Fiala niemand kontrollieren, ob die Angaben vollständig sind. Abtreibungen korrekt zu melden, bedeute „zusätzliche Bürokratie“ und damit noch weniger Zeit für die Patientinnen. Außerdem hielten viele Ärzte die Statistik für sinnlos. Da schoben selbst gewissenhafte Mediziner die Meldung hinaus oder vergaßen sie ganz. Hinzu kämen etliche Abtreibungen im Ausland, wenn die 14. Schwangerschaftswoche – sie ist in Deutschland die Grenze für einen straffreien Abbruch – bereits überschritten sei. Außerdem betrachteten manche Frauen die Pflichtberatung als Schikane und bäten den Arzt, die Abtreibung direkt vorzunehmen: „Die Bezahlung erfolgt dann schon mal am Finanzamt vorbei – und dass ein schwarz bezahlter Abbruch nicht gemeldet wird, ist klar.“ Fiala hält es auch für vorstellbar, dass hinter dem offiziellen Rückgang der Abtreibungszahlen politische Gründe stehen. Das Bundesverfassungsgericht habe den Schwangerschaftsabbruch 1993 vorübergehend straffrei gestellt – nämlich so lange, wie das Gesetz den „Schutz des ungeborenen Lebens“ gewährleiste.

(idea) Wir brauchen dringend eine grundsätzliche Debatte über Abtreibungen!

Der Chefarzt - der bekennende Christ Thomas Börner in der Capio-Elbe-Jeetzel-Klinik in Dannenberg wollte, dass in seiner Abteilung keine Abtreibungen vorgenommen werden – weder von ihm noch von den anderen Ärzten der Abteilung. Letzteres stieß in den Medien, bei Verbänden wie „Pro Familia“ und der Politik auf Kritik. Weil auch die Konzernleitung dies ablehnte, verlässt Thomas Börner die Klinik.

Kommentar hierzu von Daniela Städter, Redaktionsleiterin bei idea:

Das Bundesverwaltungsgericht hat Anfang d.J. die geplante Vertiefung der Elbe bis auf weiteres verboten. Der Grund: Es hält die Schutzmaßnahmen für den Schierlings-Wasserfenchel (eine vom Aussterben bedrohte Pflanzenart) für nicht ausreichend. In Limburg stört sich eine Veganerin an dem Lied „Fuchs, du hast die Gans gestohlen“ – die Stadt streicht es aus dem Glockenspiel des Rathauses. Und dann ist da ein Chefarzt, der sagt: Ich will keine Ungeborenen töten und lege diese ethische Richtlinie auch für meine Abteilung fest. Er wird durch die Medienmangel gedreht, die Politik

droht, der Konzern verweigert die Rückendeckung – was rein rechtlich betrachtet nicht zu beanstanden ist – und der Arzt verlässt die Klinik, weil es bei Fragen um Leben und Tod für ihn keine Kompromisse gibt. Stimmen hier die ethischen Maßstäbe? Schierlings-Wasserfenchel schützen, Embryonen nicht?

Und trotzdem geht kein Aufschrei durch das Land

100.000 Embryonen werden jedes Jahr offiziellen Statistiken zufolge abgetrieben – die Dunkelziffer dürfte viel höher sein. Mehr als 90 Prozent aller ungeborenen Kinder mit Downsyndrom werden getötet. Weil die werdenden Eltern kein behindertes Kind wollen und es ausselektieren; weil eine Gesellschaft, die sonst so viel daran setzt, inklusiv zu sein, den Mutterleib und Embryonen davon ausnimmt. Und trotzdem geht kein Aufschrei durch das Land. Embryonen haben keine Lobby. Aber genau die brauchen wir. Dringend nötig ist eine breite Debatte über den Beginn des Lebens und den Wert ungeborener Kinder. Auch die evangelische Kirche und die meisten evangelischen Freikirchen schweigen dazu.

Es gibt kein Recht auf Abtreibung

Die Fakten müssen zurück in das gesellschaftliche Bewusstsein: Abtreibung ist in Deutschland rechtswidrig; es gibt kein Recht darauf; stattdessen hat das Ungeborene ein Recht auf Leben. Das Bundesverfassungsgericht hat am 28. Mai 1993 zudem entschieden, dass der Staat erkennbar für den Schutz ungeborener Kinder eintreten muss und dass öffentlich-rechtlicher wie privater Rundfunk eine Schutzaufgabe gegenüber dem ungeborenen Leben haben.

Das Urteil interessierte den NDR in der Börner-Debatte aber nicht. Statt etwa einen Lebensschützer zu Wort kommen zu lassen, fabulierten eine Pro-Familia-Vertreterin und ein NDR-Moderator vom Recht auf Abtreibung. In einer Meldung vom 7. Feb auf seiner Internetseite bezieht der NDR klar Position und nennt es eine „für die betroffenen Frauen erfreuliche Entwicklung“, dass in Bremerhaven in einer neuen kommunalen Klinik nun nicht mehr die katholische Kirche entscheidet und somit jetzt Abtreibungen möglich sind. Wie passt das mit dem Programmauftrag zusammen, objektiv zu berichten? Gar nicht. Es ist darum höchste Zeit, aktiv zu werden: Unterstützen Sie Organisationen, die Schwangere beraten und ihnen konkrete Hilfe für sie und ihr Kind anbieten; bitten Sie Ihre Bundes- und Landtagsabgeordneten, sich des Themas anzunehmen und teilen Sie dem NDR Ihre Kritik mit. Gut, dass es so mutige und standhafte Menschen wie Thomas Börner gibt. Seine Haltung verdient höchsten Respekt.

(idea) Regierungen sammeln für Abtreibungsorganisationen

Bei einer Geberkonferenz mit Vertretern von Regierungen und Stiftungen am 2. März in Brüssel kamen 181 Mio Euro für Abtreibungsorganisationen zusammen. Hintergrund ist ein Erlass des US-Präsidenten Donald Trump, der Entwicklungshilfemittel für Organisationen verbietet, die im Ausland Abtreibungen finanzieren oder fördern. Daraufhin rief die niederländische Entwicklungsministerin Lilianne Ploumen die Initiative „She Decides“ (Sie entscheidet) ins Leben. Ziel ist es, die durch Trumps Entscheidung entstandene Finanzlücke von 560 Mio Euro zu schließen.

Deutschland machte auf der Veranstaltung keine Finanzausgaben, aber der Bundesrat hält den Fonds für richtig. Er hat auf Initiative der nordrhein-westfälischen Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Bündnis 90/Die Grünen) einen Antrag verabschiedet,

in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, „alle hierfür notwendigen Schritte zu unternehmen und ihrerseits auch bei den anderen EU-Mitgliedsstaaten für eine Beteiligung zu werben“.

Auf Kritik stieß die Geberkonferenz bei der Vorsitzenden der Christdemokraten für das Leben (CDL), Mechthild Löhr. „Statt an Konzepten zu arbeiten, wie ungewollte Schwangerschaften verhindert werden könnten, unterstützen die europäischen Regierungen offensichtlich lieber Abtreibungen und realisieren damit gleichzeitig ihr eigentliches Ziel, die Bevölkerung in Entwicklungsländern zu reduzieren.“ Das aber unterstreiche den geringen Wert, „den ungeborenes Leben bedauerlicherweise in den westlichen Industrienationen hat“, betonte Löhr.

(idea) **Kirchen dürfen nicht länger zu Abtreibung schweigen**

Die beiden großen Kirchen dürfen nicht länger dazu schweigen, dass in Deutschland jedes Jahr über 100.000 Kinder im Mutterleib getötet werden. Dazu hat der Pastor der Mennonitischen Brüdergemeinde im ostwestfälischen Lage, Wilfried Schuster, aufgerufen. In deutschen Abtreibungskliniken finde „in aller Stille ein Verbrechen statt, das man als Genozid der Kinder bezeichnen muss“. Doch selbst die Kirchen äußerten sich kaum noch zu diesem „Wahnsinn der massenhaften Kindestötungen“. Deshalb sei es „Zeit für einen Weckruf“. Christen hätten die Pflicht, „ihre Stimme zu erheben für diejenigen, die selbst noch keine hörbare Stimme haben“. Durch ihr „Schweigen zum Abtreibungsskandal in unserem Land“ machten sie sich mitschuldig.

Schuster äußerte seine Ansicht in einem Gottesdienst des Stadtkonvents Lage (ein Zusammenschluss verschiedener Gemeinden) aus Anlass des Holocaust-Gedenktags am 27. Januar. Unter der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten hätten die Kirchen die massenhafte Vernichtung „unwerten Lebens“ viel zu lange hingenommen: „Daraus müssen wir lernen.“ Die Geschichte dürfe sich angesichts des „himmelschreienden Unrechts“ massenhafter Abtreibungen nicht wiederholen.

(idea) **Zahl der Beratungen hat sich mehr als verdoppelt**

Frauen, die ungewollt schwanger werden oder ein behindertes Kind erwarten, benötigen ein soziales Auffangnetz. Denn 80% aller Frauen, die abgetrieben haben, erklärten, dass sie dazu gezwungen wurden. Das sagte die Vorsitzende des bayerischen Landesverbandes der „Christdemokraten für das Leben“ (CDL), Christiane Lambrecht, bei einer Demonstration am 24. März vor der Abtreibungsklinik des Arztes Friedrich Stapf in München-Freiham. Monatlich werden dort nach Angaben von christlichen Lebensschützern 400 ungeborene Kinder im Mutterleib getötet. Lambrecht forderte vor rund 60 Teilnehmern, dass Schulen eine lebensbejahende Sexualerziehung vermittelten. Ebenso müsse es einen Kinder-Bonus bei der Rentenversicherung geben und Familien müssten steuerlich entlastet werden.

In Deutschland werden nach Schätzungen von Fachleuten neun von zehn Kindern mit Downsyndrom abgetrieben. Der Ehrenvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CSU München, Jürgen Steffan, kritisierte, dass viele in einer Abtreibung einen Rechtsanspruch sähen und dass der Münchner CSU-Politiker Hans Hammer dem Abtreibungsarzt Stapf die Praxis vermietet hat. Als Christ müsse man aber immer wieder auf das Fünfte Gebot „Du sollst nicht töten“ hinweisen.

Bibel und Bekenntnis

Zeit zum Aufstehen

In „Zeit zum Aufstehen“ schreibt der sächsische Landesbischof Dr. Carsten Rentzing „Die Stellung der Bibel war und ist nicht unumstritten. Immer wieder ist man ihrer Autorität entgegengetreten. Als Begründungsmuster dienten dafür oft Argumente der Gegenwartskultur oder Vernunft. Dass die beiden beim Lesen und Verstehen der Heiligen Schrift eine wichtige Rolle spielen, ist unbestreitbar. ... Kritisch aber wurde und wird die Argumentation mit Kultur und Vernunft immer dann, wenn Zuspruch und Anspruch des Wortes Gottes dadurch aufgelöst werden sollen. Es ist ‚zeitgeistig‘, wenn die Bibel ihre ausrichtende und auch korrigierende Funktion gegenüber gesellschaftlichen Entwicklungen nicht mehr wahrnehmen darf.“

Gender-Ideologie

(idea) Gender-Ideologie zerstört Grundlagen der Gesellschaft

Die Gender-Ideologie kann weder mit der Wissenschaft noch Gottes Schöpfungsordnung begründet und vertreten werden. Diese Ansicht vertritt der Theologieprofessor Reinhard Slenczka in einem Gutachten mit dem Titel „Mit welchen Gründen von Vernunft und Recht wird die Ideologie des Genderismus in Politik, Kirche und Schulen eingeführt und aufgezwungen?“. Gender Mainstreaming geht davon aus, dass die sexuelle Orientierung frei wählbar ist. Damit wird die schöpfungsmäßige Unterscheidung und Zuordnung der Geschlechter geleugnet. Durch „dieses tiefe Unrecht“ würden die „tragenden Grundlagen einer Gesellschaft zerstört“. Dem müssten Kirche und Politik Einhalt gebieten.

Kirche gibt biblische Grundsätze auf

Nach der Beobachtung des Theologen hat sich die Gender-Ideologie in Theologie und Kirche sehr weit verbreitet. Die Einrichtung eines Studienzentrum der EKD für Genderfragen in Kirche und Theologie in Hannover 2014 zeige, „dass im heutigen Protestantismus die Ideologie des Genderismus nicht nur eine Plattform gefunden hat, sondern eine beherrschende Rolle einnimmt“. Wie man heute „Kirche geschlechtergerecht gestalten“ wolle, so habe man 1933 ein „artgerechtes Christentum“ gefordert. Slenczka: „Wo die Heilige Schrift nicht mehr als Wort Gottes anerkannt wird und in Geltung ist, treten unweigerlich Meinungen und Forderungen von Menschen als Autorität in der Kirche auf. Dafür ist der Protestantismus auch in unserer Zeit besonders anfällig.“

Gesellschafts- und Rechtsordnung soll verändert werden

Es gebe keinerlei theologische, rechtliche und politische Berechtigung, die Forderungen der Gender-Ideologie durchzusetzen „und auf diese Weise die bestehende Gesellschafts- und Rechtsordnung tiefgreifend zu verändern, ja zu zerstören“. Vielmehr handele es sich um eine ideologische Bewegung, die aus dem Anspruch erwachse, die seit Jahrhunderten geltende Werteordnung mit ihren sittlichen und rechtlichen Normen den heutigen Verhältnissen und dem Verhalten des heutigen Menschen anzupassen. Slenczka wirft den Vertretern der Gender-Ideologie ferner vor, die „Befriedigung des Sexualtriebs in beliebiger Form nicht nur orientierend zur Wahl zu stellen, sondern ihn aufzuwecken und sogar auszuprobieren“.

Wenn das in Lehrpläne von Schulen aufgenommen und durchgesetzt werde, dann sei das Kindesmissbrauch, denn auf diese Weise werde die schützende Scham beseitigt und nicht mehr respektiert. Slenczka kritisierte ferner das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz („Antidiskriminierungsgesetz“) von 2006. Dort sei über das Arbeitsrecht „die Gleichstellung von ‚sexueller Identität‘ als Ziel von Gesellschaftsveränderung in die Grundrechte eingetragen worden“.

(idea) **„Große Freiheit – liebe.lust.leben“**

Scharfe Kritik hat eine Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung hervorgerufen. Sie trägt den Titel „Große Freiheit – liebe.lust.leben“ und soll Jugendliche und Erwachsene über sexuell übertragbare Infektionen und Geschlechtskrankheiten aufklären. Für den Besuch empfiehlt die Bundeszentrale ein Mindestalter von 14 Jahren, „weil die Ausstellung verschiedene Aspekte von Sexualität, mögliche Ansteckungsrisiken beim Geschlechtsverkehr und unterschiedliche sexuelle Verhaltensweisen thematisiert“. Über 50 interaktive Exponate (wie steife Penisse) lüden dazu ein, „sich durch Anfassen, Hören und Mitmachen“ spielerisch mit den Tabuthemen sexuell übertragbarer Infektionen und Aids zu befassen, heißt es in der Ankündigung. Erste Station der Schau, die in den kommenden Monaten durch ganz Deutschland touren wird, war Görlitz. 4.500 Interessierte besuchten sie in einer Woche, darunter zahlreiche Schulklassen.

Familienbeauftragter: Eine „Abrissbirne“ traditioneller Moralvorstellungen

Das hat der Familienbeauftragte der Stadt Görlitz und Pastor der Freien evangelischen Gemeinde, Eugen Böhler, scharf kritisiert. Die Kampagne, die einer „Dildo-Geisterbahn“ gleiche, sei „eine plumpe, plakative und ideologische Abrissbirne, die ‚alte‘ Moral- und Wertevorstellungen brachial abreißt“, sagte er der Evangelischen Nachrichtenagentur idea. Sie sei ein aggressiver Angriff auf die Schamhaftigkeit der Kinder sowie die Moralvorstellung der Jugendlichen und Eltern. Böhler: „Und dafür werden Steuergelder benutzt, um Kinder zu konditionieren, demoralisieren, sie zu manipulieren oder gar ideologisch zu missbrauchen?“ Dagegen müsse man entschieden protestieren. Er habe sich deshalb u.a. an Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) gewandt, so Böhler. Denn seinem Ministerium ist die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung unterstellt. Die Schau wird bis Oktober in Leipzig, Herford, Koblenz, Oldenburg, Halberstadt, Stralsund und Würzburg Halt machen.

(ideaSpektrum) **Sind Kritiker homosexueller Praxis homophob?**

In der Diskussion um die ethische Bewertung homosexueller Lebenspraxis wird den Kritikern immer häufiger vorgeworfen, sie seien *homophob*. ... Ähnliches widerfährt übrigens denen, die aus theologischen Gründen den Islam ablehnen: Ihnen unterstellt man, *islamophob* zu sein. *Homophobie* bzw. *Islamophobie* sind inzwischen zu gern benutzten Schlagworten avanciert, die eine sachliche Auseinandersetzung über strittige Überzeugungen offensichtlich sinnlos erscheinen lassen sollen. Denn wer von einer Phobie bestimmt wird, leidet unter einer pathologischen Angststörung, die sein rationales Verhalten einschränkt, wenn nicht gar unmöglich macht. Wer homophob ist, wird von einem irrationalen Angstgefühl gegenüber Homosexuellen geleitet, weswegen ein sachliches Gespräch nicht mehr möglich ist. Es sei denn, der Betreffende lasse seine krankhafte Homophobie erfolgreich therapeutisch behandeln. Die Verwendung

des Begriffs Homophobie ist bestenfalls die gedankenlose Abwehr einer missliebigen Überzeugung. Vermutlich stellt sie aber eher eine bewusst kalkulierte Diffamierung dar, mit der man Kritiker der Homosexualität in die Ecke psychisch gestörter Angsthasen stellen möchte.

So einfach aber möchte ich es meinen Kontrahenten in dieser Frage nicht machen. Ich habe keine Angst vor Homosexuellen; im Gegenteil! Wo ich ihnen begegnet bin, bin ich auf liebenswerte Menschen gestoßen, die nicht selten eine größere Sensibilität und Empathie auszeichnet als die sogenannten heterosexuellen „Normalos“. Wenn ich im Blick auf ihre Lebensweise dennoch zu gegenteiliger Auffassung gelangt bin, dann nicht aus einem Angstgefühl Homosexuellen gegenüber, sondern aus in der Bibel begründeter Einsicht heraus. Das, was mich von homosexuell Lebenden in der ethischen Einschätzung ihrer Lebensweise trennt, rührt aus einem kontroversen Bibelverständnis her. Und eben darüber müsste man zunächst streiten und herauszufinden versuchen, inwieweit die Bibel auch in ihren ethischen Aussagen zeitlos Verbindlichkeit für Christen beanspruchen kann bzw. nach welchen Kriterien ich solche Aussagen heute glaube relativieren zu können.

Pastor Klaus Jürgen Diehl

Ehe und Familie

(idea) Evangelikale lehnen SPD-Forderung nach der Homosexuellen-Ehe ab

Auf kräftigen Widerspruch von Evangelikalen stößt die Absicht der SPD, im Bundestagswahlkampf für die Ehe für Homosexuelle einzutreten. Wie die „heute.de“-Redaktion des ZDF unter Berufung auf die SPD-Zentrale in Berlin berichtet, wird SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz mit der Forderung einer „Ehe für alle“ in den Wahlkampf ziehen. Schwule und Lesben sollten nicht nur heiraten, sondern auch Kinder adoptieren können.

Ehe muss Ehe bleiben

Dazu sagte der Generalsekretär der Deutschen Evangelischen Allianz, Hartmut Steeb, dass die Ehe „per Definition die lebenslängliche Liebes- und Treuegemeinschaft zwischen einer Frau und einem Mann“ sei. Steeb: „Ehe muss Ehe bleiben.“ Er kritisierte den Slogan „Ehe für alle“ als populistisch. „Auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften, Mehrlingspartnerschaften, Gemeinschaften in Wohngemeinschaften, zwischen Verwandten, zwischen Eltern und Kindern und was noch alles denkbar erscheint, sind keine Ehen und sollen auch künftig keine sein.“ Solche Partnerschaften sollen nach seinen Worten auch nicht Kinder adoptieren dürfen. Steeb: „Kinder brauchen zu ihrem Wohl Vater und Mutter.“ Wem es wirklich um das Wohl von Kindern gehe, der sollte ihnen Vater und Mutter nicht vorsätzlich vorenthalten, zumal es lange Wartelisten adoptionswilliger Eltern gebe.

CDU gegen eine Öffnung der Ehe

Die CDU lehnt eine Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften ab. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat im vergangenen Jahr klargestellt: „Für mich persönlich ist Ehe das Zusammenleben von Mann und Frau.“ Allerdings hatte der Parlamentarische Staatssekretär im Finanzministerium, Jens Spahn (CDU), den ARD-„Tagesthemen“ gesagt, er rechne damit, dass die Gleichstellung „noch in diesem Jahrzehnt“ erreicht werde. Auch Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und die FDP sind für eine Homo-Ehe. Dagegen wird sie von der AfD abgelehnt.

(idea) **Kauder: „Ich bin gegen ein volles Adoptionsrecht für Homosexuelle“**

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, ist gegen ein volles Adoptionsrecht für homosexuelle Partner. Das erklärte er auf dem Kongress christlicher Führungskräfte am 25. Februar in Nürnberg. Er reagierte damit auf die Ankündigung der SPD, ihr Kanzlerkandidat Martin Schulz werde mit der Forderung nach einer „Ehe für alle“ in den Wahlkampf ziehen. Schwule und Lesben würden dann auch Kinder adoptieren können.

Die Erziehung ist in erster Linie Sache der Eltern

Kauder wandte sich in seiner Rede auch gegen die Frühsexualisierung von Kindern in Schule und Kindergarten. Dagegen müssten „wir Christen Stopp-Schilder aufstellen“. Erziehung sei in erster Linie die Aufgabe der Eltern und nicht des Staates. Deswegen sei es zwar richtig, Kinder in der Schule über Sexualität aufzuklären, aber das müsse „behutsam und altersgerecht“ geschehen. Auf keinen Fall dürften sie in diesem Bereich „in eine Richtung gedrängt werden, die Eltern und Kinder nicht wollen“.

(idea) **Die „Ehe für alle“ steht im nächsten Koalitionsvertrag**

Da gehe er jede Wette ein, sagte Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) der Onlineausgabe der „Passauer Neuen Presse“: „Das wird auch die Union nicht verhindern können. Die Zeit ist längst reif dafür.“ Wenn die Politik es nicht entscheide, werde das Bundesverfassungsgericht dafür sorgen. Das sei bereits bei vielen anderen Gleichstellungsfragen so gewesen.

Politik-Beauftragter der Evangelischen Allianz: Wir werben für die Ehe zwischen Mann und Frau

Der Beauftragte der Deutschen Evangelischen Allianz am Sitz des Bundestages und der Bundesregierung in Berlin, Uwe Heimowski, lehnte die „Ehe für alle“ ab: „Die Evangelische Allianz sieht in der Ehe eine auf Treue angelegte lebenslange Gemeinschaft zwischen einem Mann und einer Frau, aus der auf natürliche Weise Kinder entstehen können.“ Diese Verantwortungsgemeinschaft stehe unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes: „Sie hat zu Recht ein Alleinstellungsmerkmal und bedeutet keine Diskriminierung von Schwulen und Lesben oder anderer Paare, die füreinander Verantwortung übernehmen.“

Grüne wollen eine Alternative zur Ehe: den „Pakt für das Zusammenleben“

Derweil wollen Bündnis 90/Die Grünen noch einen Schritt weitergehen. Die familienpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion, Franziska Brantner, schlägt in einem Antrag für das Wahlprogramm ihrer Partei einen „Pakt für das Zusammenleben“ vor. Solange der Pakt bestehe, hätten die Partner ein gegenseitiges Auskunfts-, Informations- und Vertretungsrecht. Leistungen, die den Partner unterstützen, sollen steuerrechtlich absetzbar sein. Wie bei der Ehe sollen Ansprüche auf Elterngeld bestehen und Betreuungskosten abgesetzt werden können. Gleichgeschlechtliche Partner sollten auch Kinder adoptieren dürfen. Die Bildungs- und Jugendpolitik soll nach dem Willen der Partei die „Vielfalt sexueller Identitäten stärker berücksichtigen“.

Für Straffreiheit von Abtreibungen „gegen die Angriffe von rechts“

Zum Thema Abtreibung heißt es, dass sich die Partei für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen und Mädchen über ihren Körper einsetzt: „Daher verteidigen wir die

Strafffreiheit von Schwangerschaftsabbrüchen gegen die Angriffe von rechts. Frauen in Notlagen brauchen Unterstützung und Hilfe, keine Bevormundung und keine Strafe.“

(iDAF) Familientage im Mai – verpasste Gelegenheiten, gegenläufige Trends

Durch die Entschließung A/RES/47/237 der Vollversammlung der Vereinten Nationen wurde der Internationale Tag der Familie zum offiziellen Gedenk- und Aktionstag weltweit. In diesem Jahr lag der thematische Schwerpunkt auf der Rolle der Familie bei der Förderung der frühkindlichen Erziehung und den Möglichkeiten für lebenslanges Lernen für Kinder und Jugendliche, die Bedeutung sämtlicher Bezugspersonen in der Familie (Vater, Mutter, Großeltern und Geschwister) und die Bedeutung der elterlichen Erziehung für das Wohlergehen von Kindern. Familienorganisationen und Politiker hätten sich in diesem Jahr also öffentlich engagieren können, ohne als „Hassredner“ diskreditiert zu werden. Aber man hörte nichts.

Man kann die Wahl dieses Schwerpunkts durchaus als New Yorker Gegenentwurf verstehen zu der „Barcelona-Strategie“ von Brüssel, die einseitig die Förderung von öffentlichen Betreuungseinrichtungen für Kleinkinder „mit dem Ziel eines nachhaltigen und integrativen Wachstums“ vorsieht. Um dieses EU-weite Ziel nämlich zu erreichen, sollen alle Frauen und Mütter Vollzeit in den formalen Arbeitsmarkt integriert werden. Demgemäß soll die Kinderbetreuung in allen 28 Mitgliedsstaaten wieder so verstaatlicht werden, wie es schon zu DDR-Zeiten üblich war. Wahlfreiheit ist unerwünscht. Nur das Europabüro der Katholischen Familienverbände FAFCE war aktiv und wies auf den Tag hin - auch gegenüber dem EU-Parlamentspräsidenten Antonio Tajani, der die FAFCE-Stellungnahme sogleich auf seinem präsidentialen Twitter-Account weiterverbreitete und im Plenum auf Tag und Thema hinzuweisen.

Ganz anders auch die Behandlung des Themas in einigen Mitgliedstaaten. Die Netzwerker der Familienpolitik weltweit trafen sich am letzten Mai-Wochenende auf Einladung der ungarischen Regierung zum 11. Familien-Weltkongress in Budapest. „Für mehr familienfreundliche Nationen - Macht die Familie wieder groß!“ (Make the Family Great Again).

Interessieren sich die Staatenlenker in Europa für Familie? Von den 28 Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedsstaaten sind die Wichtigsten unter ihnen kinderlos. Theresa May (UK), Angela Merkel (Deutschland), Mark Rutte (Niederlande) und Paolo Gentiloni (Italien); Frankreichs Staatschef Emmanuel Macron schmückte sich zwar im Präsidentschaftswahlkampf mit „seinen Enkelkindern“. Die „gehören“ jedoch der 24 Jahre älteren Brigitte Auzière, die Emmanuel Macron in zweiter Ehe heiratete. Zur Runde der kinderlosen Regierungschefs zählt außerdem Stefan Löfven aus Schweden und Nicola Sturgeon aus Schottland. Der Luxemburger Ministerpräsident Xavier Bettel lebt in einer gleichgeschlechtlichen Beziehung mit dem belgischen Architekten Gauthier Destenay. Kinderlose Regierungschefs sind natürlich keine schlechteren Menschen, aber sie verfügen nicht über die persönliche, unmittelbare Erfahrung intergenerationeller Verantwortung, die für höchste Regierungsämter sehr nützlich ist. Der Eltern-Perspektive steht oft die Haltung „Nach mir die Sintflut“ gegenüber.

Orbán sagte in seiner Eröffnungsrede beim Weltkongress: „Wenn wir unsere ungarische Kultur aufrechterhalten wollen, brauchen wir starke und kinderreiche ungarische Familien, keine Einwanderer aus fremden Kulturen.“ Kinderlose sehen das anders und

entscheiden auch anders. Die Links-Regierung von Robert Fico (verheiratet, ein Sohn) in der Slowakei zum Beispiel änderte 2014 die Verfassung dahingehend, dass gleichgeschlechtliche Ehen faktisch ausgeschlossen sind. Der neue Satz in der slowakischen Verfassung lautet schlicht und einfach: „Die Ehe ist eine einzigartige Verbindung zwischen Mann und Frau.“ Das schließt andere Rechtsinstrumente für gleichgeschlechtliche Partnerschaften zwar nicht aus. Aber als Ehe wird eben nur der Bund zwischen einem Mann und einer Frau anerkannt.

(Institut für Demographie, Allgemeinwohl und Familie e.V. www.i-daf.org/aktuelles.html;
Geschäftsführer: Jürgen Liminski, mail: jl@i-daf.org)

Oekumene

(FAS) **Ökumene war gestern**

Der Rom-Korrespondent Jörg Bremer ist überzeugt, dass Katholiken und Protestanten „ein Kirchenleib“ werden wollen. Der Dialog habe an Geschwindigkeit und Tiefe gewonnen. Jüngstes Beispiel sei die internationale Konferenz von Katholiken und Lutheranern in Rom über „Martin Luther und die Sakramente“. Veranstalter waren die Päpstliche Universität der Jesuiten, das Paderborner katholische Johann-Adam-Moehler-Institut für Ökumene und der Päpstliche Rat für die Einheit der Christen. Der Leiter der Glaubenskongregation, Kardinal Gerhard Ludwig Müller, habe die Teilnehmer aufgefordert, sich nicht mit einer „versöhnten Verschiedenheit“ zufriedenzugeben.

Papst Franziskus: Einen Weg zur gemeinsamen Eucharistie finden

Bereits im Februar habe Papst Franziskus den Vorsitzenden der (kath.) Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, und den EKD-Ratsvorsitzenden, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, ermuntert, „einen theologischen Weg zur gemeinsamen Eucharistie zu finden“. Auch beim gemeinsamen Gottesdienst des Lutherischen Weltbundes (LWB) und der römisch-katholischen Kirche am 31. Okt 2016 im süd-schwedischen Lund sei, so Bremer, erstmals gemeinsam eine Bußliturgie gefeiert worden, „die den Verantwortlichen zufolge eine Öffnung in Richtung gemeinsamer Eucharistie enthält.“ Der Journalist erwähnt, dass eine Päpstliche Hochschule im Februar zum ersten Mal einen Ehrendoktor an einen evangelischen Theologen – den Kirchenhistoriker Christoph Marksches verliehen habe.

Für das Papstamt hat Bischof i.R. Ulrich Wilckens eine Lösung gefunden

Auch für die unterschiedliche Auffassung vom Papstamt gebe es eine Lösung. Diese „letzte Hürde“ habe der evangelische Neutestamentler Altbischof Ulrich Wilckens in seinem Buch „Weckruf Ökumene“ aus dem Weg geräumt. Evangelische Christen sollten das Amt des Papstes genauso verstehen, wie Jesus es seinem Jünger Petrus übertragen habe als Dienst der Liebe. Bremer: „Danach könnte der Bischof von Rom für evangelische wie für orthodoxe Kirchen ein ‚Erster in der Liebe‘ zu Christus sein. Dann würden die Evangelischen Teil einer Universalkirche in Einheit mit diesem Jesusdiener in Rom, aber nicht unter ihm.“

(ideaSpektrum) **Lammert: Die Kirchen sollten sich vereinigen**

Die Kirchen müssen gemeinsam darüber nachdenken, wie sie den christlichen Glauben in die heutige Welt tragen. Das sagte Bundestagspräsident Prof. Norbert Lammert (CDU) bei einer Veranstaltung der Evangelischen Domgemeinde Magdeburg und des

Vereins „Verantwortung und Werte“ in Magdeburg. Lammert sprach über den Missionsauftrag Jesu in Matthäus 28,18-20. Aufgabe der Christen sei es, alle Völker zu lehren und zu taufen. Christen dächten jedoch in der Regel nicht bis an die Enden der Welt, sondern gewöhnlich nur bis zum Ende der eigenen Gemeinde, des eigenen Kontos oder des eigenen Wahlkreises. Wie er weiter sagte, wird Politik ohne verlässliche Orientierungen beliebig und willkürlich. Nach seinem Eindruck hätten in den letzten 15 Jahren Fragen mit ethischer Bedeutung zugenommen, etwa in der Medizin. Er empfinde das Gerüst von Glaubensüberzeugungen als „außerordentlich hilfreich“.

Protestantisch veranlagter Katholik

Lammert bezeichnete sich selbst als einen „protestantisch veranlagten Katholiken“. Er beobachte eine „neue Tonlage“ in der Beziehung zwischen Katholiken und Protestanten. Beide bemühten sich um eine Annäherung. Allerdings könne er „keine ernsthafte Anstrengung erkennen“, die Spaltung der Kirche zu überwinden: „Wir haben uns mit der entstandenen Spaltung längst gemütlich eingerichtet.“ Es gebe jedoch keine Glaubensunterschiede, die die Spaltung rechtfertigten, sondern lediglich „das Beharrungsvermögen von Institutionen“. Die Formel von der „versöhnten Verschiedenheit“ sei eine „intelligente Kapitulationserklärung“, die nicht ausreiche. Nach Worten Lammerts sind die großen Fragen der Menschheit religiöser Natur. Dazu zählen etwa die Fragen nach Leben und Tod, Gut und Böse sowie Schuld und Vergebung.

Verfolgte Christen

(idea) IS ermordete 29 Christen, weil sie nicht Muslime werden wollten

Nach dem Angriff der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) auf einen vor allem mit koptischen Christen besetzten Bus am 26. Mai bei Al-Minja in Mittelägypten wurden 29 Kopten ermordet. Wie ein Seelsorger der Überlebenden, der Priester Vater Rashed, nach Medienberichten erklärte, haben die zehn maskierten Angreifer nicht einfach das Feuer auf den Bus eröffnet, der die Pilgergruppe zu einem Kloster in der Nähe bringen sollte. Vielmehr hätten sie das Fahrzeug gestoppt, alle Insassen herausgeführt und sie gefragt, ob sie Christen seien. Wer bejaht habe, sei von ihnen aufgefordert worden, den christlichen Glauben zu widerrufen und sich stattdessen zum Islam zu bekennen. Doch alle Christen – darunter auch Kinder – hätten sich geweigert. Sie seien daraufhin mit einem Schuss in den Kopf oder Hals getötet worden.

Zuletzt waren bei Anschlägen auf zwei Kirchen am Palmsonntag vom IS 44 Menschen getötet und 126 verletzt worden.

Todeslisten mit den Namen von Christen

2017 waren Kopten bereits mehrmals das Ziel von Attentätern. Während in den meisten Fällen zunächst unklar war, wer hinter den Taten steckte, veröffentlichte der IS Ende Februar ein Video, in dem er den Christen den Krieg erklärte.. Im Internet tauchten „Todeslisten“ auf, auf denen die Namen von Christen standen.

(idea) USA wollen den verfolgten Christen in aller Welt helfen

US-Vizepräsident Mike Pence hat den verfolgten Christen in aller Welt seine Unterstützung zugesagt – und die von Präsident Donald Trump. Ferner versprach er, dass die US-Truppen gemeinsam mit ihren Verbündeten im Nahen Osten die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) vernichten würden. Pence war der Hauptredner eines ersten „Weltgipfeltreffens zur Verteidigung verfolgter Christen“ in Washington.

Die Konferenz vom 10. bis 13. Mai zählte 600 Teilnehmer aus 130 Ländern. Pence zufolge werden Christen in vielen Regionen der Erde bedrängt. Das sei ihnen schon in der Bibel vorhergesagt worden. Aktuell würden es über 215 Millionen Christen in mehr als 100 Ländern erfahren. „Nirgendwo in der Welt werden die Übergriffe deutlicher als in den Ländern, in denen das Christentum geboren wurde“, sagte Pence unter Bezug auf den Nahen Osten. Er erinnerte an zwei Bombenattentate des IS auf zwei Kirchen in Ägypten an Palmsonntag, bei denen 44 Christen getötet und 126 verletzt wurden. Auch in Syrien und Irak würden Christen Opfer von Gräueltaten.

(idea) **„Islamischer Staat“ erklärt ägyptischen Christen den Krieg**

Die Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) hat den Christen in Ägypten den Krieg erklärt. In einem Video werden unter anderen der koptische Papst Tawadros II. und christliche Geschäftsleute gezeigt. Der IS teilt in dem 20-minütigen Beitrag mit, dass ägyptische Christen nicht länger „Schutzbefohlene“ (Dhimmis) seien, sondern „Ungläubige“ (Kufar), weil sie sich abfällig über den Islam geäußert hätten. Allah habe befohlen, alle Ungläubigen zu töten. Die Christen unterstützten den Westen dabei, seine Macht gegenüber muslimischen Nationen auszubauen. Ägyptische Christen seien nun die „Lieblingsoffer“ des IS. Ein maskierter Kämpfer sagt: „An die Verehrer des Kreuzes: Die Soldaten des Staates beobachten euch.“ Der Terroranschlag vom 11. Dez 2016 in der ägyptischen Hauptstadt Kairo sei nur der Anfang. Dort hatte ein IS-Mitglied in der koptisch-orthodoxen Kirche Sankt Peter und Paul einen Sprengstoffgürtel gezündet und mindestens 25 Menschen in den Tod gerissen. So waren auch 2017 zahlreiche Kopten das tödliche Ziel von Attentätern.

Integration von Muslimen

(iDAF) **Integration und Islam: Sind Parallelgesellschaften unvermeidbar?**

Die muslimische Einwanderung in Europa bringt Probleme mit sich und gefährdet auf Dauer die Demokratie. Nach einer Umfrage des international bekannten Thinktank Chatham House in zehn Ländern der EU spricht sich jedenfalls eine deutliche Mehrheit gegen eine weitere Einwanderung von Muslimen nach Europa aus.

1. Das Ergebnis variiert von Land zu Land. Am stärksten ist die Ablehnung in Polen (71%), es folgen Österreich (65%), Ungarn (64%), Belgien (64%), Frankreich (61%), Griechenland (58%), Deutschland (53%) und Italien (51%). In allen zehn Ländern liegen die Befürworter einer weiteren Zuwanderung unter 32%, etwa jeder fünfte hatte im europäischen Schnitt keine Meinung dazu.

Die Gründe für die wachsende Ablehnung einer weiteren muslimischen Einwanderung liegen auf der Hand: Man verbindet sie mit dem Missbrauch der Religion durch Terror, mit Frauenverachtung, mit der Unterordnung westlicher Grundwerte unter die Scharia.

2. Selbst die moderate Variante des Islam ist integrationsschwach. Denn muslimische Grundüberzeugung ist, dass jeder Muslim Allahs Willen bedingungslosen Gehorsam schuldet. Koran, Hadithe und Scharia legen das Verhalten und die Lebensweise des muslimischen Menschen fest mit Vorrang vor Verfassungen oder kulturellen Gegebenheiten. Ein politischer und geistiger Pluralismus auf Augenhöhe widerspricht dem Wesen und der Geschichte des Islam

3. Dieser fundamentale Unterschied erzeugt Unsicherheiten. Das Thema der Freiheit des Menschen, auch gegenüber dem Schöpfer, blieb ohne Antwort und führte schließlich dazu, dass auch die bescheidenen Ansätze einer Aufklärung nicht weiter zum Zuge kamen.

4. Spätestens seit dem 15. Jahrhundert sind solche Ansätze von muslimischen Denkern nur noch außerhalb der islamischen Welt zu finden. Millionen Kinder gingen nur in Koranschulen und lernten dort vielfach nur die radikale Variante des Islam.

5. Für die nächsten Jahre wird der Migrationsdruck noch anhalten, vor allem aus Regionen in denen Kriegszustände und Hunger herrschen. Es entspricht dem humanitären Selbstverständnis Europas, dass Flüchtlingen aus Kriegsgebieten Zuflucht gewährt wird. Die Frage der Integration geht dann aber über die Asylfrage hinaus. Bei nicht-muslimischen Minderheiten ist die Integration in der Regel kein größeres Problem. Für muslimische Flüchtlinge könnte die (vorübergehende) neue Heimat auch die Chance sein, Freiheit, Menschenwürde jeder Person ohne Unterschied des Geschlechts, der Religion, der Nation, der Hautfarbe kennen zu lernen. Das setzt voraus, dass sie diese Denkweise in Europa auch erfahren und mit dem islamischen Denken vergleichen können. Das wäre die Voraussetzung für Integration. Ohne diese Erfahrung kommt es zwangsläufig zu Parallelgesellschaften. Man kann sich fragen, warum manche Medien und gerade auch manche Kirchenführer den Muslimen heute diese Erfahrung nicht offen nahe bringen wollen.

(idea) **Der Islam ist die am schnellsten wachsende Religion der Welt**

Der Islam ist gegenwärtig die am schnellsten wachsende Religion der Welt. Sollte diese Entwicklung anhalten, wird der Islam gegen Ende des 21. Jahrhunderts das Christentum zahlenmäßig überflügelt haben. Das ist das Ergebnis einer Studie, die das Meinungsforschungsinstitut Pew Research (Washington) vorgestellt hat. Demzufolge ist der Islam die einzige Religion, die stärker wächst als die Weltbevölkerung insgesamt. Demografischen Schätzungen zufolge wird die Zahl der Menschen auf der Erde zwischen 2010 und 2050 um 35% wachsen, die Zahl der Muslime hingegen um 73%.

2050 wird jeder zehnte Europäer Muslim sein

Die Gründe dafür sehen die Forscher vor allem in der hohen Geburtenrate unter muslimischen Frauen. Sie liege durchschnittlich bei 3,1 Kindern verglichen mit 2,3 Kindern bei allen anderen Frauen. 2050 werden laut Studie voraussichtlich 10% der Menschen in Europa Muslime sein. In den USA werden dann wohl 2% aller Bürger einen muslimischen Hintergrund haben; damit würden sie das Judentum als zweitgrößte Religionsgruppe in den Vereinigten Staaten abgelöst haben. In Deutschland wird ihr Anteil aufgrund des Asylbewerberzustroms auf gegenwärtig fast 7% geschätzt.

(idea) **Muslimen sollen Christinnen heiraten, um den Islam zu stärken**

In der spanischen Metropole Barcelona haben Unbekannte Hunderte Plakate aufgehängt, auf denen muslimische Männer aufgefordert werden, einheimische christliche Frauen zu heiraten. Anschließend sollten sie ihnen klarmachen, dass der Islam die einzig wahre Religion sei. Auf diese Weise trügen sie zur Ausbreitung des Islams bei. Das berichtet die spanische Zeitung „La Gaceta“. Weiter heißt es auf den Plakaten, dass es Muslimen erlaubt sei, „ehrliche und keusche Frauen“ zu heiraten, die der „Religion des Buches“ angehören – gemeint ist hier das Christentum, obwohl auch das

Judentum und der Islam als Buchreligionen gelten. Zwar hätten sie die Traditionen „verzerrt“, seien für die Ehe aber dennoch geeignet. Laut dem islamischen Gesetz seien die Kinder aus einer solchen Beziehung Muslime und würden „unsere Gemeinschaft weiter stärken“.

Einige Muslime sehen aufgrund der spanischen Geschichte ein „Rückkehrrecht“

Die Plakate wurden im Stadtteil El Raval aufgehängt, einem Viertel, in dem etwa die Hälfte der Einwohner Migranten sind. Einige muslimische Gruppen nehmen für sich ein „Rückkehrrecht“ in Anspruch aufgrund der spanischen Geschichte. Zwischen 711 und 1492 hatten Muslime zeitweise weite Teile Spaniens beherrscht. Einige islamistische Gruppen machen dem Bericht zufolge keinen Hehl daraus, dass sie eine Wiederherstellung dieser Verhältnisse anstreben.

Aufgelesen

(idea) Rüge nach Fall von aktiver Sterbehilfe

In den Niederlanden haben Behörden nach einem Fall von Sterbehilfe erstmals eine Rüge ausgesprochen. Eine Ärztin hatte einer demenzkranken Seniorin zunächst ohne deren Zustimmung Beruhigungsmittel gegeben, um ihr anschließend die Todesspritze zu verabreichen. Als sich die Patientin dagegen wehrte, bat die Medizinerin Familienmitglieder, die Frau festzuhalten. Nach Ansicht der zuständigen Prüfungskommission hat die Ärztin damit „eine Grenze überschritten“. Sie hätte den Tötungsprozess abbrechen müssen, nachdem sich die Seniorin heftig wehrte. Von einem Gerichtsverfahren sah das Gremium dennoch ab. Schließlich habe die Medizinerin „in gutem Glauben“ gehandelt.

Kritik an der Entscheidung übte die Geschäftsführerin des Instituts für Medizinische Anthropologie und Bioethik (Wien), Susanne Kummer. Das niederländische Rechtssystem habe komplett versagt, sagte sie der Agentur Kathpress: „Töten aus Mitleid ist salonfähig geworden. Daran sieht man, wie innerhalb weniger Jahre Gesetze zum sogenannten selbstbestimmten Tod in einen fremdbestimmten kippen.“ Seit 2002 ist in den Niederlanden sowohl die aktive Sterbehilfe als auch die Beihilfe zum Suizid rechtlich erlaubt. Die Regierung möchte diese Regelung noch ausweiten. In Zukunft sollen auch ältere Menschen, die nicht unheilbar krank sind, aber ihr Leben als beendet betrachten, Beihilfe zur Selbsttötung bekommen. Eine Entscheidung ist noch nicht gefallen. Widerstand kommt vor allem von christlichen Parteien und den Kirchen.

Studie untersucht Einsparpotenzial durch aktive Sterbehilfe

Unterdessen hat eine Studie von Forschern der Universität Calgary sogar das Einsparpotenzial durch aktive Sterbehilfe am Lebensende ermittelt. In Kanada könnten demzufolge jedes Jahr umgerechnet rd. 100 Millionen Euro eingespart werden. Denn während Pflege am Lebensende teuer sei, koste Euthanasie nur wenige Euro pro Patient. Zwischen Juni und Dezember 2016 starben 774 Kanadier durch Tötung auf Verlangen. Die Studie wurde im „Canadian Medical Association Journal“ veröffentlicht. Susanne Kummer sprach von einem „fatalen Signal“. Sterbehilfe dürfe nicht unter dem Aspekt der Kostenersparnis betrachtet werden.

(FAS) In der Kirche wird ohne Ende Geld verbrannt

Unter der Überschrift „Wo bleibt die Kirchensteuer?“ schreibt der Journalist Reinhard Bingener, dass die Kirchensteuereinnahmen auf Rekordniveau liegen. Zuletzt haben die beiden Volkskirchen zusammen 11,5 Milliarden Euro eingenommen, die Gemeinden erhalten für die Arbeit an der Basis nur ein Drittel der Kirchensteuern: In den vergangenen Jahrzehnten wurden immer mehr Sonderpfarrämter und neue Einrichtungen geschaffen, etwa Referate in den Kirchenämtern, Akademien oder der „Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt“. Auch jetzt noch schaffe die EKD neue Strukturen, etwa die beabsichtigte Stiftungsprofessur zur Erforschung und Förderung des christlich-jüdischen Dialogs. Dabei arbeiteten bereits etliche Universitätstheologen an dem Thema. (Gleiches gilt für das von der EKD im April 2014 in Hannover eröffnete Studienzentrum für Genderfragen in Kirche und Theologie, d. Red.).

(idea) Die Kirche verliert an Glaubwürdigkeit

Der Soziologe und Philosoph Prof. Hans Joas hat der Evangelischen Kirche in Deutschland vorgeworfen, bestimmte politische Positionen zu „skandalisieren“. „Es ist eine Anmaßung der Kirchenleitungen zu meinen, sie wüssten eindeutig, was politisch richtig ist“, sagte Joas in einem Interview mit der Evangelischen Zeitung für Schleswig-Holstein. „Ich finde, es muss möglich sein, eine politische Position zu beziehen, die etwa das Fortschreiten der Europäischen Union in Richtung eines supranationalen Staates oder die Aufrechterhaltung des Euros infrage stellt“, sagte der Soziologe.

Menschen mit einer abweichenden Meinung werden zu „Problemfällen“ erklärt

Als Beispiel für die von ihm beklagte „Skandalisierung“ Andersdenkender nannte Joas die Forderung von Kirchenvertretern zu „untersuchen, wie es kommt, dass der Rechtspopulismus in Kirchengemeinden Anhänger findet“. Eine solche Haltung nehmen Menschen, „deren Meinungen nicht mit der Regierungspolitik übereinstimmen, nicht länger als Staatsbürger wahr, die ein Recht auf ihre Meinung haben, sondern sie werden zu Problemfällen erklärt“. Begriffe wie „Rechtspopulismus“ hält Joas für problematisch, weil sie ein „Denken in Alternativen unmöglich machen“. Der Vertrauensverlust vieler Bürger in Medien und Experten liege auch darin begründet, dass häufig „nicht mehr kritisch hinterfragt“ werde, was falschlaufe.

Das 8. Gebot und der Populismus-Vorwurf

Im Kleinen Katechismus schreibt Luther zum 8. Gebot: *Wir sollen Gott fürchten und lieben, dass wir unsern Nächsten nicht belügen, verraten, verleumden oder seinen Ruf verderben, sondern sollen ihn entschuldigen, Gutes von ihm reden und alles zum Besten kehren.*

Täglich lesen und hören wir abwertend vom „Populismus“ – natürlich immer nur dem der Anderen.

Was ist das, und wie ist dieser „Vorwurf“ im Hinblick auf das 8. Gebot zu beurteilen? Demokratie (griech. Demos = das Staatsvolk) bedeutet, dass der Mehrheitswillen des Volkes entscheidet. Alle Parteien und ihre Führungskader wollen folglich hohe Zustimmungsraten, um das durchsetzen zu können, was sie aus wissenschaftlichen Erkenntnissen, aus ideologischen oder anderen Überzeugungen und Motiven politisch für wünschenswert halten. Dabei werden je nach Standpunkt die Motive moralisch positiv oder negativ bewertet.

Um möglichst breite Schichten des Volkes (lat. *populus* = das Volk), zu erreichen, werden komplexe Sachverhalte stark vereinfacht dargestellt. Das tun ausnahmslos alle Parteien, weil sie meinen, dass Massen anders nicht mobilisiert werden können. Das ist im Wortsinne Populismus dessen plakative Parolen intellektuell meist recht anspruchslos – nur gelegentlich auch witzig - sind.

„Populismus“ wird derzeit aber in der politischen Diskussion als abwertender Kampfbegriff verwendet mit dem jene geschmäht werden, die Tabuthemen berühren oder im Widerspruch zu eigenen Zielsetzungen oder zum Zeitgeist stehen.

Das ist scheinheilig – abgesehen davon, dass das 8. Gebot verletzt wird, demzufolge wir *unseren Nächsten nicht ... verleumden oder seinen Ruf verderben sollen*

In einer Demokratie ist politische – auch zugespitzte – Auseinandersetzung unabdingbar, sollte aber mit vernünftigen Argumenten und nicht mit sinnentstellten, skandalisierten Totschlagbegriffen geführt werden. vB

Veranstaltungshinweis

Einladung zu Vortrag und anschließender Mitgliederversammlung

Dienstag, 17. Oktober 2017 um 17.00 Uhr in den großen Saal des CVJM-Hauses (EG), Landwehrstr. 13, 80336 München

1. Vortrag: **Oekumene – Was fehlt zur Kirchengemeinschaft?** (Bolko v. Bonin)
2. **Mitgliederversammlung**
mit Rechenschaftsberichten, Entlastung und Neuwahl des Leitungsgremiums.

(ausführlicher siehe Heft-Mitte)

Literaturhinweis

idea ist eine unabhängige evangelische Nachrichtenagentur, die dazu beitragen möchte, engagierte Christen über Ereignisse und Entwicklungen in der christlichen Welt zu informieren, die für ihr Christsein bedeutsam sind und möchte dabei auch eine Brücke bauen zwischen Christen verschiedener Prägungen.

Das Nachrichtenmagazin *ideaSpektrum* erscheint wöchentlich (48 Hefte im Jahr) und liefert aktuelle Informationen, Reportagen und Hintergrundberichte. *ideaSpektrum* wird auf dem Postweg zugestellt und kostet **monatlich (inkl. Versandkosten innerhalb Deutschlands):**

€ 9,95 im Heft-Abo (gedruckte Ausgabe)

€ 7,50 im Digital-Abo (E-Paper, App für Tablet-PC und Smartphone)

€ 10,95 im AboPlus (Heft und digitales Ausgabe)

Ermäßigte Preise für Schüler, Studenten usw. auf Anfrage

Sie können *ideaSpektrum* **kostenlos** jetzt **drei Wochen** gratis testen.

Informationen und Bestellungen sind telefonisch oder per E-Mail/Internet möglich:

(0 64 41) 915 – 0 / aboservice@idea.de / www.idea.de

Abs. Lebendige Gemeinde München e.V.
p.a. Pfr. Dieter Kuller
Grünwalder Str. 103 c, 81547 München
www.lgm-info.de

Wir danken den Spendern, die die Herausgabe dieses Informationsbriefes wieder ermöglicht haben. Da wir keinerlei Zuschüsse erhalten, sind wir **auf Ihre Spenden angewiesen.**

Deutsche Post

Anrede
 Titel
 Vorname, Name
 Straße
 PLZ Ort

Zum Nachdenken

Wie weit haben wir schon die Grenze überschritten zwischen
 Rechtfertigung des Sünders durch Umkehr, Buße und Vergebung und
 Rechtfertigung der Sünde durch Umdeutung oder Negierung klarer Gebote Gottes?

In eigener Sache – wichtig!

- ✓ Wir sind jetzt im Internet präsent unter: www.lgm-info.de. Dort finden Sie u.a. InfoBriefe der letzten Zeit und Vorträge sowie Hinweise auf Veranstaltungen.
- ✓ Wir haben uns dem Netzwerk www.bibelundbekenntnis.de angeschlossen. Wer informiert werden will, kann sich über diese Plattform auch persönlich beim Netzwerk anmelden. Schauen Sie doch mal rein.

Impressum

Die Informationsbriefe werden von der Arbeitsgemeinschaft LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN e.V., herausgegeben.

ViSdP Pfr. Dieter Kuller, Grünwalder Str. 103 c, 81547 München, Tel. 089/591029, Fax 089/45 24 06 84; eMail: lgm-mail@gmx.de; Internet: www.lgm-info.de

Druck: IRIS Buch- und Offsetdruck Karl Singer e. K., Zugspitzstr. 14, 81541 München

Herstellung und Versand der InfoBriefe kosten viel Geld, das durch Spenden aufgebracht wird. **Wir bitten und hoffen, dass viele Freunde mit Spenden die Herausgabe des InfoBriefes auch weiterhin ermöglichen.**

Die Lebendige Gemeinde München e. V. ist als gemeinnützig anerkannt und kann steuerlich absetzbare Zuwendungsbestätigungen ausstellen. Bitte geben Sie dazu auf Ihrer Überweisung deutlich Name und Adresse an.

Unsere Bankverbindung: Evangelische Bank eG BIC: GENODEF1EK1,
 IBAN: DE93520604100003403904 (Überweisungsträger in der Mitte des Heftes).

Der vorliegende InfoBrief kann bei Pfarrer Dieter Kuller nachbestellt werden